



Unter «Handelskammerern» (von links): Präsident Hans Kuhn (Geschäftsleiter Migros-Verteilbetrieb Neuendorf), Regierungsrätin Esther Gassler (frühere Präsidentin), Direktor Daniel Probst.

BRUNO KISSLING

Durchatmen nach dem Donnerschlag

Solothurner Handelskammer Festlaune dank guten Zahlen – grosse Sorgen ums politische Umfeld

VON CHRISTIAN VON ARX

Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler war vor ihrer Wahl in den Regierungsrat Präsidentin, Bau- und Justizdirektor Roland Fürst Direktor der Solothurner Handelskammer: Das drückt das politische Gewicht dieser Vereinigung der grösseren Solothurner Industrie- und Dienstleistungsunternehmen aus. Die Generalversammlung vom Mittwoch im Stadttheater Olten war denn auch ein kantonales «Gipfeltreffen» mit 220 Gästen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung.

Sehr gute Wirtschaftszahlen für 2013 – unter anderem stieg der Wert der Solothurner Exporte um fast 5 Prozent – lieferten die positive Grundstimmung. Dazu kam noch ein kleines Jubiläum: Vor 140 Jahren, am 13. Dezember 1874, war der Kantonal-Solothurnische Handels- und Industrieverein als Vorläufer der Solothurner Handelskammer in Olten gegründet worden. Obendrauf machten zwei Stars die Handelskammer-GV zum Glamour-Event: Der neue Economicsuisse-Präsident Heinz Karrer brillierte, allein auf der Bühne, mit

einer halben Stunde packender freier Rede, und Nubya, die schweizerisch-nigerianische Queen of Soul, verdrehte mit ihrem Auftritt allen im Saal den Kopf.

Politik wird unberechenbar

Dabei sitzt doch den Solothurner Wirtschaftsführern der Donnerschlag vom 9. Februar im Nacken: Das knappe Ja zur Masseneinwanderungsinitiative hat auch für sie die Rekrutierung von ausländischen Fachkräften unsicher gemacht. Vor allem aber hat diese Abstimmung gezeigt, dass die Wirtschaft und ihre Verbände die Fähigkeit verloren haben, das Schweizervolk von ihren Anliegen zu überzeugen.

Handelskammer-Präsident Hans Kuhn griff diese Verunsicherung in seiner Präsidialrede auf. Jahrzehntelang hätten die direkte Demokratie und die Verlässlichkeit der Politik als Pfeiler der Schweizer Wettbewerbsfähigkeit gegolten. Aber jetzt? «Wir müssen schon aufpassen, dass dieser Trumpf nicht langsam, aber sicher zum Bumerang wird.» Schon die Minder-Initiative habe ausser bürokratischem Aufwand und Kosten nicht viel

gebracht. Die 1:12-Initiative wurde noch gebodigt. Nun setze die Masseneinwanderungsinitiative möglicherweise die Bilateralen II auf Spiel.

Und es geht gleich weiter: Mindestlohn-Initiative, nationale Erbschaftsteuerinitiative, Epopop-Initiative. «Wenn wir alle zwei bis drei Monate über solche für die Wirtschaft kapitale Fragestellungen abstimmen müssen und man jedes Mal eine Annahme befürchten muss, dann kann man bald nicht mehr von einer verlässlichen Politik sprechen», so Kuhn.

Nicht nur Initiativen bedrohen die stabilen Rahmenbedingungen, auch dem Parlament gab der Handelskammer-Präsident keine guten Noten. Jedes Jahr werde das Strafrecht mehrmals revidiert, auch Zivilgesetzbuch und Obligationenrecht seien Grossbaustellen. Die Qualität der Bundesgesetzgebung befinde sich in einer markanten Abwärtsbewegung. Kuhns Aufruf an die Politiker:

«Wenn Sie für die Wirtschaft Gutes tun wollen, überlegen Sie nicht, was für ein neues Gesetz Sie schaffen könnten. Sondern überlegen Sie sich, was für ein Gesetz Sie abschaffen könnten!»

Regierungsrätin Esther Gassler konzentrierte sich auf die nächstliegende Herausforderung: Mit der Mindestlohn-Initiative wären besonders die Attestlehren gefährdet, die viel dazu beitragen, dass die Schweiz die Anzahl Ungelernter massiv reduzieren konnte und die weltweit tiefste Jugendarbeitslosigkeit aufweise.

«Wir müssen aufpassen, dass der Trumpf der direkten Demokratie nicht langsam, aber sicher zum Bumerang wird.»

Hans Kuhn, Präsident der Solothurner Handelskammer

Direktor Daniel Probst zeigte im Jahresbericht auf, mit welchen Ideen die Handelskammer gegen den Fachkräftemangel angeht: Unter anderem mit der Video-Plattform www.DeinBeruf.ch oder mit dem Projekt «Rent a Boss», das Chefs von Solothurner Unternehmen in Schulklassen des 7. bis 9. Schuljahres bringen soll.

TCS-Spitze bleibt für weitere drei Jahre am Steuer

VON CHRISTIAN VON ARX

Touring-Club Stabilität an der Spitze der TCS-Sektion Solothurn: In Oensingen haben die 64 stimmberechtigten Delegierten und Ehrenmitglieder den Präsidenten Fritz Arni (Schnottwil) und den Vizepräsidenten Daniel Bitterli (Präsident der Regionalgruppe Olten) einstimmig wiedergewählt. Sie führen somit die Sektion auch in der kommenden Amtsperiode 2015 bis 2017, zusammen mit dem Geschäftsführer Georges Heri.

Die übrigen Mitglieder des Kantonalvorstandes werden von ihren Regional- und Fachgruppen gewählt. Es sind dies Jürg Nussbaumer (Regionalgruppe Solothurn-Bucheggberg-Waseramt), Heinrich Känzig (Balsthal), Peter Wolf (Dorneck-Thierstein), Reto Gasser (Grenchen) und Beat Zimmermann (Campingclub Solothurn).

Die Mitgliederzahl der Sektion Solothurn nahm im Jahr 2013 um 1270 (2,26 Prozent) auf 54 848 ab. Die Erfolgsrechnung schliesst trotzdem mit einem Reingewinn von gut 8000 Franken, dies vor allem dank Einsparungen und gutem Finanzerfolg.

«Nicht ausschliesslich Pannenhelfer»

Präsident Fritz Arni – er sitzt auch im Präsidium des Verwaltungsrates des TCS Schweiz – stellte fest, dass der TCS heute in der Pannenhilfe starker Konkurrenz begegne. «Wir dürfen nicht ausschliesslich als Pannenhelfer wahrgenommen werden», meinte er. Der TCS sei daran, seine Mobilitätszentren und Kontaktstellen den Realitäten anzupassen.

Letztes Jahr führte die TCS-Sektion im Verkehrssicherheitszentrum Dendingen erstmals eine Verkehrskonferenz mit Referenten von der Motorfahrzeugkontrolle und der Kantonspolizei durch; sie rückte die neue Fahrerausbildung in den Fokus. Die nächste Verkehrskonferenz im kommenden Oktober wird dem Thema Begegnungszonen und Tempo-30-Beschränkungen gelten, die speziell in Olten für Diskussionen sorgen.

Nach einem Jahr Betrieb habe sich die Entlastung Region Olten bewährt, so Arni: «Die Innenstadt von Olten, aber auch die ihr im Westen vorgelagerten Gemeinden konnten massiv vom Durchgangsverkehr entlastet werden.» Nötig ist aus Sicht des TCS auch der Ausbau der A1 zwischen Härkingen und Luterbach auf sechs Spuren, der ab 2022 geplant ist.

Regierung möchte mehr öV

Der neue Baudirektor Roland Fürst erklärte den TCS-Delegierten, warum der Regierungsrat den Anteil des öV am Verkehrsaufkommen steigern wolle: «Die Kapazitäten sind bald erschöpft, wir stossen an Grenzen.» Dies gilt auch für den kantonalen Strassenbaufonds, der sich nach Abschluss der Grossprojekte Grenchen, Solothurn und Olten auf den Unterhalt konzentriert. Er weist jedoch eine Unterdeckung auf, und seine Einnahmen gehen wegen des sinkenden Benzinverbrauchs und kleinerer Hubräume der Autos zurück. Eine Projektgruppe, in der auch TCS-Geschäftsführer Georges Heri mitwirkt, soll dem Regierungsrat bis Ende Jahr Lösungen vorschlagen.

Gastbeitrag zur Abstimmung vom 18. Mai über den Energieartikel in der kantonalen Verfassung

Vor Gesetz und Stromzähler sind alle gleich



VON SILVIO JEKER*

Die Energiewende ist eine nationale Angelegenheit und muss in den Köpfen der Menschen passieren. Die Energiepolitik muss deshalb Hand in Hand gehen mit

der Bereitschaft der Menschen, selbstständig in erneuerbare Energieformen zu investieren oder schlicht und einfach Energie zu sparen. Wer das Gefühl hat, man könne das beschleunigen, indem der Kanton Solothurn die Förderung erneuerbarer Energien via Kantonsverfassung durchzwängt, täuscht sich grundsätzlich. Das Gegenteil wird passieren.

WER SICH HEUTE für die Investition in eine Photovoltaik-Anlage entscheidet, tut dies im Normalfall nicht wegen des Geldes, sondern aus der

Überzeugung heraus, irgendwann ein Stück unabhängiger zu werden. Es gibt aber auch gute Gründe, gerade für Bauherren oder Wohneigentümer, sich für den traditionellen Strombezug vom Netz zu entscheiden. Den gleichen Entscheidungsprozess durchläuft man ja auch, wenn man sich zwischen einer eigenständigen Satellitenschüssel oder dem Verbleib am gemeinschaftlichen Kabelfernsehen entscheiden muss.

ES GEHT NICHT AN,

dass der Staat anfängt, sich auf Verfassungsstufe in solche persönlichen Entscheidungsprozesse einzumischen und die erneuerbaren Energien auf dermassen hoher Stufe (über)fördern will. Denn damit werden Menschen, die selber in erneuerbare Energiegewinnung investieren möchten, in eine finanzi-

elle Abhängigkeit gezwängt, die sie eben nicht wollten. Die Art der Energieversorgung gehört genau so wenig in die Verfassung wie die Art der Wasserversorgung, der Mobiltelefonversorgung usw.

WIR MÜSSEN AUFHÖREN damit, jeden «Furz» in der Verfassung unseres Kantons regeln zu wollen, nur

um dann eine bessere Handhabe zu haben, die Bevölkerung mit entsprechenden Gesetzen, Reglementen, Vorschriften, Gebühren und Abgaben zu überziehen.

Denn genau darauf läuft es bei der Abstimmung am 18. Mai 2014 hinaus. Der vorgesehene neue Artikel in der Kantonsverfassung eignet sich hervorragend dazu, die erneuerbaren Energien übermässig zu subventionieren und dann mit immer mehr

Wir müssen damit aufhören, jeden «Furz» in der Verfassung regeln zu wollen.

Abgaben und Zwangsmassnahmen auf jene loszugehen, welche ihren Strom wie bisher möglichst günstig und unkompliziert vom Grossanbieter beziehen möchten.

JENE KREISE, WELCHE das Gefühl haben, die Kantonsverfassung schaffe mehr erneuerbare Energie, schaffen höchstens eine neue Zweiklassengesellschaft. Die guten Menschen, welche ihren subventionierten Strom selber produzieren und die bösen Menschen, welche die Zechen für alle bezahlen müssen.

LASSEN WIR es nicht so weit kommen. Vor dem Gesetz und dem Stromzähler sollten weiterhin alle gleich sein. Deshalb am 18. Mai 2014 zu «Erneuerbare Energien in die Kantonsverfassung» wuchtet NEIN stimmen.

*Silvio Jeker, Erschwil, Kantonsrat und Präsident der SVP Kanton Solothurn.



Blieben an der Spitze der TCS-Sektion Solothurn: Präsident Fritz Arni (M.) und Vizepräsident Daniel Bitterli (l.) wurden für die Amtsperiode 2015–2017 wiedergewählt; rechts Geschäftsführer Georges Heri.